



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 25.09.2014

Niederschrift

über die **1. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 16.09.2014, 16:03 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Reinhard Houben	FDP
Herr Peter Kron	SPD
Herr Horst Noack	SPD
Herr Jochen Ott	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU (bis 16.45 Uhr)
Herr Dirk Michel	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE.

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW

Frau Ina Vera Ast AfD

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth	Piraten
Frau Dr. Ute Symanski	Deine Freunde

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD
Frau Helga Blömer-Frerker	CDU
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Graf	GRÜNE
Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag Die Linke.Köln
Herr Andreas Feld	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln
----------------------	-----------------------------------

Verwaltung

Herr Christian Dörkes	Amt des Oberbürgermeisters
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Eva Herr	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Frau Ulrike Willms	Bauverwaltungsamt

Ständige Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Presse

Zuschauer

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 1. Sitzung des Verkehrsausschusses in der neuen Legislaturperiode und heißt insbesondere die neuen Mitglieder herzlich willkommen. Auch BG Höing spricht einige einladende Begrüßungsworte.

Anschließend weist Vorsitzender Wolter darauf hin, dass die Tagesordnung wie folgt erweitert werden soll:

Zu 1.1. (FDP-Anfrage Straßenbaumaßnahmen)
liegt eine Stellungnahme der Verwaltung

2601/2014

als **Tischvorlage** vor

5.5 Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom
29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

1922/2014

5.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) / Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS):
Preisanpassung MonatsTicket MobilPass für KölnPass-Inhaber/Innen für das
Stadtgebiet Köln

2019/2014

Tischvorlage

6.5 Radarmessungen auf der Zoobrücke - Anfrage des SE Herrn Preckel

2622/2014

6.6 LSA Bismarckstraße/Ecke Brüsseler Straße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses am 06.05.2014, TOP 8.5

1921/2014

Tischvorlage

6.7 Blindenleitsystem Brücke Severinstraße Anfrage des SE Fahlenbock

2591/2014

Tischvorlage

7.5 Haltestelle Vingst, Verschiebung der Aufzugsstandorte

2637/2014

Tischvorlage

7.6 Sachstandsbericht zum Vorhaben Fernbuslinienbahnhof am Flughafen
Köln/Bonn

2620/2014

Tischvorlage

Zudem berichtet er, dass die Sprecher der stimmberechtigten Fraktionen sich darauf verständigt hätten, die Anzahl der mündlichen Anfragen auf ein vernünftiges Maß, d.h. grundsätzlich eine Frage pro Fraktion bzw. Gruppe, zu reduzieren. Einige Fragen seien sicherlich telefonisch auf dem kurzen Dienstweg oder auch schriftlich zu klären.

Der Ausschuss ist mit der Erweiterung der Tagesordnung sowie dem vorgetragenen Verfahren einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

B Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführerinnen für den Verkehrsausschuss

2053/2014

C Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohnern und Bürgerinnen/Bürgern

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.09.2014 betr.
Koordination von Straßenbaumaßnahmen in Köln
AN/1028/2014

Stellungnahme der Verwaltung
2601/2014

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 01.09.2014 betr.
Akzeptanz von Banknoten bei Ticketautomaten der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB)
AN/1027/2014

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung der Vergabe über zusätzliche Lizenzen für das System VIA Baustelle
2012/2014
- 4.2 62. Anordnung der Kostenspaltung gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages vom 29.06.2001
2246/2014
- 4.3 Granitplatteneinkauf für den Roncalliplatz, die Domplatte und die Domumgebung
Rahmenvertrag über 4 Jahre
0977/2014
- 4.4 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Fußgängerbrücke an der Stadtbahnhaltestelle Stegerwaldsiedlung
0610/2014

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Freigabe von konsumtiven Aufwandsermächtigungen für die Straßenunterhaltung in Höhe von 2.400.000 € im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze
2115/2014
- 5.2 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken
0704/2014
- 5.3 238. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2309/2014
- 5.4 239. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2318/2014
- 5.5 Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
1922/2014

- 5.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) / Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS):
Preisanpassung MonatsTicket MobilPass für KölnPass-Inhaber/Innen für das
Stadtgebiet Köln
2019/2014

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2013 im Stadt-
gebiet Köln
hier: Mündliche Nachfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses am 06.05.2014, TOP 7.3
1802/2014
- 6.2 Erneuerung der Gehwege und der Radwege des Stadtwaldgürtels
Mündliche Anfrage des SE Schmitz aus der Sitzung am 06.05.2014
1938/2014
- 6.3 Fahrradabstellanlagen und Haarnadeln in privaten Wohnanlagen
hier: Mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschus-
ses am 06.05.2014, TOP 8.3
2028/2014
- 6.4 Neues Stadtrecht: Verbote in Parkanlagen
2211/2014
- 6.5 Radarmessungen auf der Zoobrücke - Anfrage des SE Herrn Preckel
2622/2014
- 6.6 LSA Bismarckstraße/Ecke Brüsseler Straße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses am 06.05.2014, TOP 8.5
1921/2014
- 6.7 Blindenleitsystem Brücke Severinstraße Anfrage des SE Fahlenbock
2591/2014

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Radverkehr in Köln
hier: Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs im Jahr 2013
2029/2014
- 7.2 „Köln mobil 2025“ – Strategiepapier zur Verkehrsentwicklung in Köln
2399/2014
- 7.3 European Energy Award - der Klimaschutz-Check wurde gestartet.
2523/2014

- 7.4 Radverkehrskonzept Innenstadt
2484/2014
- 7.5 Haltestelle Vingst, Verschiebung der Aufzugsstandorte
2637/2014
- 7.6 Sachstandsbericht zum Vorhaben Fernbuslinienbahnhof am Flughafen
Köln/Bonn
2620/2014
- 7.7 Mündliche Mitteilung des Ausschussvorsitzenden Wolter
Sanierung von Brücken und Tunneln im Kölner Stadtgebiet
- 8 Mündliche Anfragen**
- 8.1 Sachstand zum neuen Verkehrsrechner
Mündliche Anfrage des RM Michel

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 12.1 Prüfbericht über die Durchführung von Verkehrserhebungen bei 66 - Amt für
Straßen und Verkehrstechnik
1278/2014
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

B Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführerinnen für den Verkehrsausschuss 2053/2014

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss bestellt für die Dauer der Wahlperiode des Rates 2014 bis 2020 Frau Angela Krause zur Schriftführerin und Frau Marianne Michels und Simone Weber zu stellvertretenden Schriftführerinnen.

Zur Unterstützung der Schriftführung werden die Sitzungen des Verkehrsausschusses – analog dem Verfahren im Rat - auf Tonträger aufgezeichnet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

C Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohnern und Bürgerinnen/Bürgern

Vorsitzender Wolter verpflichtet die Herren Klusemann, Czernik, Köhler, Graf, Schalke, Vietzke, Feld sowie Seniorenvertreter Pannecke und Frau Wienke als neue Mitglieder des Verkehrsausschusses mit beratender Stimme mit folgendem Text:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Mitglieder des Verkehrsausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

Anmerkung: Die TOP B und C wurden vor Eintritt in die Tagesordnung behandelt.

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.09.2014 betr. Koordination von Straßenbaumaßnahmen in Köln AN/1028/2014

**Stellungnahme der Verwaltung
2601/2014**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt. RM Houben äußert seine Hoffnung, dass solch geografisch eng beieinander liegenden Maßnahmen künftig entzerrt umgesetzt werden.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 01.09.2014 betr. Akzeptanz von Banknoten bei Ticketautomaten der Kölner Verkehrs- Betriebe (KVB) AN/1027/2014

RM Houben nimmt Stellung zum eingereichten Antrag.

RM dos Santos Herrmann weist auf die immensen Kosten i.H.v. 4 Mio. € hin und bittet die KVB um eine Einschätzung der Sachlage.

Auch für RM Hammer sind die hohen Kosten ein wesentlicher Aspekt, zumal auch noch Wartungskosten hinzukämen. Erfahrungen in anderen Städten hätten auch gezeigt, dass die Scheinzahlfunktion störanfälliger als die Münzzahlfunktion sei. Sicherlich sei es nicht ausreichend, wenn die Automaten nur mit der Geldkarte bedient werden können, diese habe sich nicht flächendeckend durchgesetzt. Von daher sei es wichtig, dass alle gängigen EC- und Kreditkarten akzeptiert werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Antrag nicht zustimmen.

Für die CDU-Fraktion teilt RM Michel mit, dass diese den Antrag auch ablehnen werde. Sicherlich hätte sie sich gefreut, wenn auch die stationären Automaten auf Geldscheinbezahlfunktion umgerüstet worden wären. Jedoch sehe sie den Zeitpunkt des Antrages sehr kritisch und den Trend sehe sie zweifelsfrei im Handyticket.

RM Weisenstein erinnert daran, dass die hier geführte Diskussion wahrlich nicht neu und die Argumente bereits vor geraumer Zeit intensiv ausgetauscht worden seien. Er halte es daher für etwas befremdlich, hier nun erneut die Diskussion zu entfachen und die KVB so hinzustellen, als ob diese nicht an ihre Fahrgäste denken würde. Auch seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Vorsitzender Wolter stellt fest, dass der Antrag keine Zustimmung finden werde. Er merkt jedoch an die KVB gewandt an, dass deren Pressearbeit zu diesem Thema in seinen Augen etwas suboptimal gewesen sei.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, führt aus, dass die gängigen Kreditkarten wie Visa- und Mastercard künftig akzeptiert werden. Andere Kreditkarten können durchaus auch im Nachhinein noch durch entsprechende Verträge implementiert werden. Die Geldscheinbezahlfunktion würde jährliche Wartungskosten i.H.v. 400.000 € verursachen. Zudem müsse der Sicherheitsaspekt bedacht werden; 900 Automaten mit Geldscheinen müssten regelmäßig geleert werden. Auch die KVB sehe die Tendenz zum bargeldlosen Bezahlverkehr. Es sei nie angedacht gewesen, die 763 Automaten in den Fahrzeugen so umzurüsten, dass dort eine Monatskarte gezogen werden könne; hier seien eher die kleineren Beträge fällig. Unter Abwägung wirtschaftlicher Überlegungen habe man seiner Zeit daher die Entscheidung gegen die Geldscheinbezahlfunktion getroffen. Abschließend greift Herr Höhn die Kritik von Herrn Wolter auf und räumt ein, dass die Kommunikation hätte besser sein können.

RM Houben zeigt sich nicht überzeugt von diesen Ausführungen und weist darauf hin, dass sich nach Umlegung der von der KVB genannten Kosten die Einführung schon lohnen würde, wenn nur jeden Tag eine einzige Person an jedem Automaten einmal mehr bezahlen würde als bisher. Bemerkenswert sei aus seiner Sicht, dass beispielsweise die Verkehrsbetriebe München 30 % ihres Umsatzes über die Automaten erwirtschaftete, die KVB hingegen nur 7 %. An Herrn Weisenstein gerichtet merkt er zudem an, dass man im Laufe eines Prozesses noch dazulernen und seine politische Meinung ändern dürfe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Ausschussvorsitzender Wolter den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Die KVB werden aufgefordert, die ab Herbst 2014 zum Einsatz kommenden Fahrkartenautomaten dahingehend nachzurüsten, dass sie über die technischen Voraussetzungen zur Akzeptanz von Banknoten verfügen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt gegen die FDP-Fraktion

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung der Vergabe über zusätzliche Lizenzen für das System VIA Baustelle 2012/2014

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 10 Hauptsatzung der Stadt Köln wird der Bedarf über die Beschaffung von zusätzlichen Lizenzen für die Software-Anwendung „VIA Baustelle“ im Zusammenhang mit dem Ausbau des Baustellenmanagements festgestellt und die Verwaltung beauftragt, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

4.2 62. Anordnung der Kostenspaltung gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages vom 29.06.2001 2246/2014

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass für die nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen der Erschließungsbeitrag für die bezeichneten Teileinrichtungen in dem angegebenen Umfang selbstständig erhoben wird:

Enzianweg - Stichstraße von Enzianweg - Platzfläche bis Grenze zwischen den Parzellen 704 und 696 Köln-Volkhoven/Weiler	Mv, E, Bel
Kriegerhofstraße von Haus Nr. 44 (vorhandener Teil) bis Haus Nr. 55 einschließlich (westliche Grenze B-Plan 63560/05) Köln-Fühlingen	Mv, E, Bel, StrGr, StrB
Weilerhöfe von Pastor-Huthmacher-Straße bis Westgrenze Parzelle 253 Köln-Libur	Mv, E, Bel, StrGr, StrB
Winkelsmaar von Am Krausbaum/Nibelungenstraße bis Haus Nr. 61 Köln-Lind	Mv, E, Bel

Die verwendeten Abkürzungen haben folgende Bedeutung:

Mv	Mischverkehrsfläche
E	Entwässerungseinrichtung
Bel	Beleuchtungseinrichtung
StrGr	Straßenbegleitgrün
StrB	Straßenbäume

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Granitplatteneinkauf für den Roncalliplatz, die Domplatte und die Domumgebung Rahmenvertrag über 4 Jahre 0977/2014

RM dos Santos Herrmann zeigt sich erfreut über die Verwaltungsvorlage. Allerdings möchte sie von der Verwaltung noch wissen, wie der Sachstand zum hier beschlossenen Konzept zur „Sperrung“ des Roncalliplatzes sei.

RM Hammer bittet um Mitteilung, ob die genannten Kosten i.H.v. 148.000 € jährlich oder für den Zeitraum von vier Jahren anzusetzen seien. In diesem Zusammenhang übt er seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heftige Kritik an der Verwaltung. Bereits vor vier Jahren sei im hiesigen Ausschuss und im AVR beschlossen worden, den Roncalliplatz im Wesentlichen vom Verkehr freizustellen und ein Konzept zu erstellen. Seitdem sei im Grunde genommen nichts passiert. Seine Fraktion werde der Vorlage nur zustimmen, wenn die Verwaltung dieses Konzept in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses zur Beschlussfassung vorlege.

Frau Willms, stellv. Leiterin des Bauverwaltungsamtes, legt dar, dass es sich hier um ein äußerst schwieriges Widmungsverfahren handle. Der Roncalliplatz habe ursprünglich der Hohen Domkirche gehört und sei in den 1960er Jahren von der Stadt übernommen und gestaltet worden, allerdings ein Stück weit mit der Maßgabe, dass die Hohe Domkirche von ihrem Recht der Nutzung weiterhin Gebrauch machen könne. Daneben gebe es einige weitere Anlieger, die bauordnungsrechtlich gesehen erschlossen d.h. verkehrlich angebunden sein müssen, u.a. auch für die Stadt sehr wichtige Firmen wie beispielsweise Louis Vuitton. Bereits nach der Veröffentlichung der beabsichtigten Entwidmung des Platzes im Amtsblatt seien jedoch die ersten Rechtsanwältinnen der Anlieger mit der „Drohung“ von großen Schadenersatzforderungen an die Verwaltung herangetreten. Dieser Sachstand sei im hiesigen Ausschuss vor geraumer Zeit auch kommuniziert worden.

Zwischenzeitlich sei man einen großen Schritt weiter, da die Verwaltung mit und für jeden einzelnen Anlieger ein Konzept entwickelt habe. Noch nicht gelöst sei jedoch die Frage der Anlieferung für das Museum Ludwig. Hier müsse nicht nur die Gastronomie bedacht werden, sondern vielmehr auch die Anlieferung von wertvollen Exponaten, was jedoch Kosten für Sicherheitspersonal mit sich bringe. Das Museum Ludwig habe zugesagt, dieses Konzept mit den entsprechenden Kosten zu erarbeiten und der Verwaltung baldmöglichst vorzulegen.

Im Übrigen sei die Entwidmung auf einem sehr guten Weg. Alle Anlieger – bis auf den letztgenannten – würden sich bereits jetzt an das jeweils individuell vereinbarte Anlieferungskonzept halten. Für eine Vorlage im hiesigen Ausschuss müsse jedoch noch eine Lösung für das Museum Ludwig gefunden werden, von daher bitte sie noch um etwas Geduld.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt ergänzend mit, dass die in der Vorlage genannten Kosten für die gesamten vier Jahre ausgelegt seien. Er habe auch mehrfach bereits im hiesigen Ausschuss berichtet, dass die Schäden auf dem Roncalliplatz oftmals bei Großveranstaltungen wie Weihnachtsmarkt u.Ä. entstehen. In der Regel zahlen zwar dann die Versicherungen der Veranstalter, die Platten müssen jedoch von der Verwaltung auf Lager vorgehalten werden. Zudem seien die Schäden auch auf die Witterungsbedingungen und das Alter der Platten zurückzuführen.

Auf Frage des RM Hegenbarth versichert Herr Neweling zudem, dass die Platten in Deutschland und Italien hergestellt werden.

RM Hammer bedankt sich für die ausführlichen Erläuterungen. Ihn interessiere jedoch noch, welchen Anteil die nicht witterungsbedingten Schäden ausmachen und wieviel Prozent von den Schäden in der Tat von den Versicherungen bzw. Veranstaltern erstattet werden.

SE Graf gibt zu Bedenken, dass Teile des Roncalliplatzes baustellenbedingt oftmals mit blauen Planen abgetrennt seien. Aus stadtgestalterischer Sicht sollte hier über Alternativen nachgedacht werden. Zudem möchte er wissen, ob bei einer Entwidmung auch die AWB in der Befahrung des Platzes eingeschränkt werde.

BG Höing stimmt Herrn Graf zu, dass die Baustellen keinen ästhetischen Anblick bieten; er versichert jedoch, dass sich dies künftig zum Positiven hin ändern werde. Die von Herrn Hammer gewünschten Zahlen werde die Verwaltung zur nächsten Sitzung nachreichen.

Vorsitzender Wolter spricht der Verwaltung seinen nachdrücklichen Dank für die großen Bemühungen aus und äußert seine Hoffnung, dass das Verfahren noch in diesem Jahr zum Abschluss komme. Abschließend stellt er die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf für den Abschluss eines Rahmenvertrages für den Granitplatteneinkauf für den Roncalliplatz, die Domplatte und die Domumgebung an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die benötigten Mittel in Höhe von rund 148.330,00 Euro sind im Haushaltsplan 2013/2014 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen; Hj. 2014, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Fußgängerbrücke an der Stadtbahnhaltestelle Stegerwaldsiedlung 0610/2014

RM Michel legt für die CDU-Fraktion dar, dass diese der Vorlage zustimmen werde, da das dortige Fahrradwegenetz nicht unterbrochen werden sollte. Gleichwohl halte sie die Kosten für sehr hoch und bitte um Mitteilung, ob und welche Alternativen es gebe.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Hammer dieser kritischen Fragestellung an und bittet zudem um Vertagung. Er könne sich durchaus vorstellen, auf das Gelände „lediglich“ ein Rohr aufzuschweißen, vergleichbar der Maßnahme Geldernstraße/Parkgürtel.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass die Verwaltung sehr wohl Alternativen wie die Erhöhung des Geländers geprüft habe. Allerdings handele es sich hier – im Gegensatz zur Geldernstraße/Parkgürtel - um einen Sprung von ca. 1/3 der Gesamthöhe, so dass dies Auswirkungen auf die Statik haben würde und auch die Verankerungen verstärkt werden müssten. Zudem entspreche die Füllstabweite nicht mehr den aktuellen Vorschriften, die sich Ende letzten Jahres nochmals verschärft haben. Die Verwaltung sehe daher letztendlich nur die Möglichkeit, die Geländer nunmehr auszutauschen.

Dr. Symanski und auch RM Hammer zeigen sich nicht in Gänze überzeugt von diesen Ausführungen. RM Hammer macht daher den Vorschlag, sich die konkreten Alternativen mit Kostenangaben und voraussichtlicher „Lebensdauer“ zur vorgesehenen Sanierung im hiesigen Ausschuss präsentieren zu lassen und die Beschlussfassung bis dahin zurückzustellen.

Herr Neweling sagt zu, die gewünschten Daten und Fakten zur nächsten Sitzung aufzubereiten. Er weist nochmals darauf hin, dass es sich hier um eine Verkehrssicherungsmaßnahme zum Schutz der Radfahrer handele. Erfahrungsgemäß und bedauerlicher Weise halten sich viele Radfahrer nicht an die aufgestellten Verbotsschilder.

> Die Beschlussfassung wird einstimmig bis zur nächsten Sitzung **vertagt**.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Freigabe von konsumtiven Aufwandsermächtigungen für die Straßenunterhaltung in Höhe von 2.400.000 € im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze 2115/2014

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von konsumtiven Aufwandsermächtigungen für die Straßenunterhaltung in Höhe von 2.400.000 € im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – im Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.2 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken 0704/2014**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die weitere Kostenerhöhung beim städtischen Finanzierungsanteil der 4-teiligen KVB - Umrüstungsmaßnahme

- Linie 1 von Frankfurter Straße bis Broichstraße,
- Linie 3 von Stegerwaldsiedlung bis Thielenbruch,
- Linie 4 von Suevenstraße bis Wiener Platz und von Höhenhaus bis Schlebusch sowie
- Kreuzung Frankfurter Straße, Verknüpfungspunkt Bus / Schiene in Köln - Ostheim über 429.069,00 € zur Kenntnis.

Der städtische Eigenanteil für die 4-teilige KVB - Umrüstungsmaßnahme „Linie 1 von Frankfurter Straße bis Broichstraße, Linie 3 von Stegerwaldsiedlung bis Thielenbruch, Linie 4 von Suevenstraße bis Wiener Platz und von Höhenhaus bis Schlebusch sowie Kreuzung Frankfurter Straße, Verknüpfungspunkt Bus / Schiene in Köln – Ostheim“ beträgt nunmehr 4.659.782,04 € statt 4.230.713,04 €

Zur Finanzierung des Mehrbedarfes in Höhe von insgesamt 429.069,00 € stehen noch 4.132,36 € bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken, Teilfinanzplanzeile 11 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen zur Verfügung. Die Finanzierung des verbleibenden Mehrbedarfes in Höhe von 424.936,64 € erfolgt im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlungen bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6306, Neubau Hst. auf der Severinsbrücke, Teilfinanzplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen. Die Wenigerauszahlungen bei der vorgenannten Maßnahme resultieren aus einer Verschiebung des Baubeginns.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.3 238. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2309/2014

SE Graf verweist auf Anlage 2 der Vorlage, nach der in der Lindenstraße der ihm nicht bekannte Leuchtentyp Dyana 2 vorgesehen sei. Aus seiner früheren Tätigkeit im Bau- und Verkehrsausschuss wisse er, dass die Stadt ein Leuchtenkonzept aufgelegt habe. Er rege zum Einen an, dieses im hiesigen Ausschuss auch vorzustellen und bittet zum Anderen um Mitteilung, ob das Konzept den genannten Leuchtentyp beinhalte und entsprechend angepasst wurde. Zudem stelle er sich die Frage, wo konkret die Leuchtenmasten aufgestellt werden sollen, da die Lindenstraße neben der Fahrbahn einen benutzungspflichtigen Radweg aufweise. Derzeit seien dort Spannleuchten aufgehängt.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 238. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 239. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2318/2014**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 239. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
1922/2014**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 13. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragsatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) / Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS):
Preis Anpassung MonatsTicket MobilPass für KölnPass-Inhaber/Innen für
das Stadtgebiet Köln
2019/2014**

RM Michel teilt mit, dass die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und daher beantrage, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Für die SPD-Fraktion kann sich RM dos Santos Herrmann diesem Vorschlag anschließen. In der Sache legt sie dar, dass die Vorlage die Konsequenz aus dem Beschluss der VRS-Zweckverbandsversammlung zur Preis Anpassung in den kommenden zwei Jahren sei. Wichtig sei ihr festzuhalten, dass auch in Köln - neben dem was das Sozialticket NRW ohnehin leiste - ein Ticket zu einem besonderen Preis angeboten werde. Für diejenigen, die aus den besonders sozial schwachen Schichten kämen, sei Mobilität ein ganz wesentlicher Punkt zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

RM Weisenstein kann sich zwar den Worten seiner Vorrednerin anschließen. Allerdings plädiere er dafür, die Vorlage zunächst im zuständigen Sozialausschuss zu beraten. Die Dringlichkeit – insbesondere im Hinblick auf die verschiedenen Alternativen - erschließe sich ihm nicht in Gänze. Er bittet um Klarstellung.

Auf Frage des RM Hegenbarth erläutert Vorsitzender Wolter, dass die Tarife außerhalb von Köln maßgeblich auch von den umliegenden Städten, Gemeinden und Landkreisen mitbestimmt werden; in Köln hingegen orientiere man sich u.a. an dem Status quo. Den Mobilpass gebe es hier bereits seit langer Zeit.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, stellt klar, dass die Tarife bereits zum 01.01.2015 angewandt werden sollen. Für die Systemumstellung werde daher eine kurzfristige Entscheidung über die möglichen Alternativen benötigt. Der VRS-Beirat tage kurz vor dem hiesigen Rat; die Kölner Preis Anpassung könne jedoch hiervon unabhängig beschlossen werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2013 im Stadtgebiet Köln

**hier: Mündliche Nachfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 06.05.2014, TOP 7.3
1802/2014**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Auf Frage des RM Hammer erläutert Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, die Arbeitsweise der Unfallkommission.

**6.2 Erneuerung der Gehwege und der Radwege des Stadtwaldgürtels
Mündliche Anfrage des SE Schmitz aus der Sitzung am 06.05.2014
1938/2014**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Fahrradabstellanlagen und Haarnadeln in privaten Wohnanlagen
hier: Mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 06.05.2014, TOP 8.3
2028/2014**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Neues Stadtrecht: Verbote in Parkanlagen
2211/2014**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer bittet diese Mitteilung auch dem AVR und den Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu geben.

**6.5 Radarmessungen auf der Zoobrücke - Anfrage des SE Herrn Preckel
2622/2014**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.6 LSA Bismarckstraße/Ecke Brüsseler Straße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 06.05.2014, TOP 8.5
1921/2014**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

SE Vietzke bedankt sich zunächst für die Beantwortung. Er habe jedoch Bedenken gegen eine Allgrün-Schaltung, da damit seines Erachtens Rotläufer bei der Fußgängern provoziert werden. Zudem möchte er wissen, warum hier kein Kreisverkehr er-

richtet werde, der eine gleichmäßige Behandlung aller Verkehrsteilnehmer ermöglichen würde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die geometrische Gegebenheiten gegen einen Kreisverkehr sprechen; Details könne er Herrn Vietzke zukommen lassen. Man habe sich daher für die nun durchgeführte Lösung entschieden, die mit Betroffenen vor Ort abgestimmt worden sei.

6.7 Blindenleitsystem Brücke Severinstraße Anfrage des SE Fahlenbock 2591/2014

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Radverkehr in Köln hier: Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs im Jahr 2013 2029/2014

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer bedankt sich bei der Verwaltung für diese ausführliche Mitteilung. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn künftig mehr Personal für diesen Aufgabenbereich zur Verfügung stünde.

Auch RM Dr. Symanski zeigt sich erfreut über diesen ausführlichen Bericht. Der Äußerung ihres Vorredners könne sie sich anschließen, insofern bitte sie die Verwaltung um Einschätzung, ob hier Abhilfe geschaffen werden könne.

Unabhängig von dieser Thematik spricht sie einen Zebrastreifen auf der Vogelsanger Straße an, der augenscheinlich in diesem Jahr entfernt wurde. Sie bittet um Erklärung.

RM Weisenstein schließt sich dem Lob seiner Vorredner an. Er vermisse jedoch im vorliegenden Bericht weitergehende Ausführungen zur Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht und würde es begrüßen, wenn künftig auch hierzu entsprechend berichtet werde.

BG Höing sagt zu, diesen Hinweis aufzugreifen. Die personelle Ausstattung sei in der Tat problematisch; hierüber werde sicherlich auch noch im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung debattiert.

Abschließend bittet Vorsitzender Wolter RM Dr. Symanski und Herrn Harzendorf, die Frage des Zebrastreifens nach der Sitzung bzw. telefonisch zu klären.

7.2 „Köln mobil 2025“ – Strategiepapier zur Verkehrsentwicklung in Köln 2399/2014

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Vorsitzender Wolter bedankt sich bei der Verwaltung für dieses umfangreiche Strategiepapier, das er für einen sehr guten Ansatz halte, um Köln in Sachen Mobilität in

den nächsten Jahren weiter zu entwickeln. Positive Beispiele aus den benachbarten Ländern und im eigenen Land seien sicherlich Zürich, Kopenhagen und Bremen, wo ein umfangreicher Beteiligungsprozess stattfand. Die Finanzierung sei aus seiner Sicht derzeit noch etwas vage dargestellt; es müsse jedoch festgestellt werden, dass neben dem GVFG und ÖPNV-Gesetz auch Köln aus seinem Haushalt etwas zur Umsetzung dieses Konzeptes beitragen müsse.

RM dos Santos Herrmann schließt sich den lobenden Worten zum Leitkonzept an. Es weise in die richtige Richtung, sei jedoch durchaus sehr ehrgeizig angesetzt. Sie wirft daher die Frage auf, welche Maßnahmen beispielsweise in dieser Wahlperiode umgesetzt werden müssen, um die für 2025 gesteckten Ziele zu erreichen. Sie bittet um eine kurze Skizzierung.

Auch seitens der CDU-Fraktion gratuliert RM Michel den Verfassern für diese Leitlinien. Sicherlich mache die Haushaltssituation etwas Angst, aber man könne durchaus auch mit kleinen Veränderungen viel erreichen.

RM Weisenstein bekräftigt die positiven Wortbeiträge, äußert allerdings seine Befürchtung, dass die gesteckten Ziele in den kommenden Jahren etwas in Vergessenheit geraten. Den Vorschlag von Frau dos Santos Herrmann, hier ggf. ein grobes Arbeitspapier zu skizzieren, halte er daher für Ziel führend.

RM Houben bestätigt diese Einschätzung. Der Ansatz des Konzeptes sei sehr interessant. Konzepte seien bisher für viele Bereiche erstellt worden, jedoch mangle es manchmal an der Umsetzung. Wenn die Ziele 2025 greifen sollen, müssen aus seiner Sicht bereits in dieser Wahlperiode entsprechende Beschlüsse gefasst werden. Herr Houben möchte von daher wissen, wann und inwieweit die Politik in das Stadtentwicklungskonzept Mobilität und Verkehr eingebunden werde.

RM Hegenbarth hält den Ausführungen des Strategiepapiers zum Bürgerticket entgegen, dass der solidarische ÖPNV nicht dem kostenlosen ÖPNV gleichzustellen sei. Er weist in diesem Zusammenhang auf entsprechende Machbarkeitsstudien hin, beispielsweise auf eine recht aktuelle aus der Stadt Osnabrück und bittet um Mitteilung, ob diese der hiesigen Verwaltung bekannt seien.

Auch RM Dr. Symanski zeigt sich erfreut über das vorliegende Konzept. Ihres Erachtens müsse der Fokus intensiv auf den Ausbau des Radverkehrs gerichtet werden.

BG Höing bedankt sich zunächst für die lobenden Worte der Ausschussmitglieder. Er legt dar, dass es sich hier eigentlich noch nicht um ein Konzept handle, sondern vielmehr um ein Thesenpapier, das einen Korridor aufzeige, in dem Köln in den nächsten zwei Jahren zu einem Konzept kommen müsse. Zürich habe dieses Papier bereits im Erstellungsprozess kommentiert und attestiert, dass es die wesentlichen Themen beinhalte. Es müsse nun heruntergebrochen werden in konkrete Zuständigkeiten, Maßnahmen und Finanzierungsthemen. Das vorliegende Strategiepapier beschreibe zunächst den Status Quo, die Rahmenbedingungen, die unterschiedlichen Maßstäbe und die Komplexität der Themen. Er hoffe, dass der Prozess in den nächsten Jahren gemeinsam vorangetrieben werden könne und sagt zu, die Politik eng einzubinden. Im kommenden Jahr werde zudem die Veranstaltungsreihe „Kölner Perspektiven“ fortgeführt und die Thematik Mobilität aufgreifen.

RM Ott führt aus, dass die Erstellung des Konzeptes sicherlich politische Debatten und Auseinandersetzungen mit sich bringen werde. Auch müsse eine räumlich diffe-

renzierte Betrachtung vorgenommen werden, da die Belange in den verschiedenen Stadtbezirken zum Teil voneinander abweichen; insofern müssen alle Bürger in Beteiligungsprozess mit einbezogen werden.

SE Wienke regt an, künftig in derartigen Studien nicht nur Prozentzahlen sondern auch absolute Zahlen abzubilden. Weiterhin berichtet sie, dass in 2014 erstmalig ein Kurs für Mobilitätsmanagement aufgelegt worden sei. Sie bedauere es, dass Köln hier keinen Vertreter entsandt habe.

BG Höing sagt zu, diese Anregungen aufzugreifen.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender Wolter fest, dass nun schnellstmöglich die weiteren Planungsprozesse folgen müssen, um in 2020 ein greifbares Ergebnis vorliegen zu haben. Beispielhaft benennt er im ÖPNV hier die Ost-West-Achse, die dringend neue Kapazitäten benötige. Wichtig sei aus seiner Sicht auch die Betrachtung der Pendlerströme und die Situation in anderen Städten, die Köln in Sachen Mobilität voraus seien. Das von Frau Wienke angesprochene Mobilitätsmanagement sei im Übrigen – unter Beteiligung der Stadt Köln - beim VRS angesiedelt. Er würde empfehlen, den Schwerpunkt dort auch zu belassen.

7.3 European Energy Award - der Klimaschutz-Check wurde gestartet. 2523/2014

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 Radverkehrskonzept Innenstadt 2484/2014

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.5 Haltestelle Vingst, Verschiebung der Aufzugsstandorte 2637/2014

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.6 Sachstandsbericht zum Vorhaben Fernbuslinienbahnhof am Flughafen Köln/Bonn 2620/2014

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

Auf Nachfrage des SE Graf berichtet BG Höing, dass die Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofes ein erster Schritt zur Freistellung des Platzes sei. Obwohl der Flughafen mit dem Vorschlag der Umsiedlung anfänglich sehr gefremdelt habe, zeichne sich nun eine gute dauerhafte Lösung ab. Sowohl die Situation an der Gummersbacher Straße als auch am Breslauer Platz sei sehr unbefriedigend und indiskutabel. Am Breslauer Platz sei man derzeit immer noch mit dem Problem der Leitungsverlegungen beschäftigt. Hier müssen vor einer baulichen Entwicklung zunächst die Hauptlei-

tungen zur Versorgung des Hauptbahnhofes neu sortiert und verlegt werden. Er bitte um Geduld.

RM dos Santos Herrmann erinnert daran, dass die Beschlussfassung zur Verlagerung des Busbahnhofes – und zwar die zweitbeste Lösung – nunmehr fünf Jahre her sei. Ihre Fraktion begrüße es daher sehr, dass mit dem Flughafen Einvernehmen erzielt werden konnte und dieser offensichtlich auch von den Vorzügen dieser Lösung sehr überzeugt sei.

RM Houben merkt an, dass fairer Weise erwähnt werden müsse, dass der Busverkehr seiner Zeit bei Weitem nicht die Dimensionen von heute hatte.

Abschließend erinnert RM Michel an das in diesem Zusammenhang zugesagte Gespräch beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik.

7.7 Mündliche Mitteilung des Ausschussvorsitzenden Wolter Sanierung von Brücken und Tunneln im Kölner Stadtgebiet

Vorsitzender Wolter berichtet von einem Gespräch einiger Ausschussmitglieder mit Kölner Spediteuren und Hafenanliegern zur derzeit schwierigen Situation des Zu- und Ablieferungsverkehrs. Hierbei seien einige Vorschläge eingebracht worden, die von der Verwaltung geprüft werden sollen. Er teilt mit, dass diese Prüfergebnisse in einem separaten Termin vorgestellt und beraten werden sollen, so dass alle Fraktionen und Gruppen entsprechend involviert werden.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Sachstand zum neuen Verkehrsrechner Mündliche Anfrage des RM Michel

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass noch diverse Gespräche mit dem Rechnungsprüfungsamt sowie dem Zentralen Vergabeamt geführt wurden. Hierbei habe man sich auf die Durchführung einer Ausschreibung verständigt, die nunmehr in Vorbereitung sei.

- Ende des öffentlichen Teils -